

Nach Sika: Opting-out ist out

Aktionärsvertreter fordern eine Gleichbehandlung aller Aktionäre



Ethos-Chef Dominique Biedermann: Will freiwilligen Verzicht auf die Opting-out-Klausel

Foto: Keystone

Victor Weber

Zürich Der Fall Sika zeigt geradezu idealtypisch, wie Publikumsaktionäre das Nachsehen haben, wenn eine familiendominierte Firma eine Opting-out-Klausel in ihren Statuten hat. Letzten Montag gaben die Sika-Erben Burkard bekannt, dass sie ihre Stimmenmehrheit dem Mischkonzern Saint-Gobain verkaufen wollen. Mittels Stimmrechtsaktien kontrollieren sie 53 Prozent der Stimmen – mit nur 16 Prozent des Aktienkapitals. Die Franzosen zahlen ihnen dafür einen Aufpreis von 80 Prozent. Wegen der Opting-out-Klausel muss Saint-Gobain den übrigen Aktionären keine Kaufofferte unterbreiten. Sie gehen leer aus und erleiden sogar einen Kurszerfall.

Die Opting-out-Klausel wurde bisher immer verteidigt

Das Schicksal von Sika bewirkt, dass Opting-out-Klauseln in Verruf geraten – vor allem, wenn sie mit stimmrechtsprivilegierten Aktien einhergehen. «Eine solche Kombination ist toxisch», sagt Gregor Greber, Verwaltungsratspräsident des Aktionärsdienstlers ZRating. Dominique Biedermann, Direktor der Anlagestiftung Ethos, spricht von einer «explosiven Mischung», die alle Anstrengungen sprengt, die Aktionärsdemokratie zu stärken.

Fast ein Viertel der börsenkotierten Firmen nutzt die Opting-out-Möglichkeit. Da das im Börsengesetz geregelt ist, kann das Opting-out nicht Gegenstand der laufenden Revision des Aktienrechts sein. «Wir fordern deshalb von den Verwaltungsräten der Firmen, dass sie ihren Aktionären freiwillig die Streichung dieser Klausel vorschlagen», sagt Biedermann. Er appelliert an die Selbstdisziplinierung, die Zeit dränge.

Doch mit der Selbstregulierung klappt es schlecht. Das zeigte sich jüngst, als der Wirtschaftsverband Economiesuisse seinen Code of Best Practice revidierte. Das neue unverbindliche

Kotierte Familienunternehmen mit Opting-out-Klausel

Firma	Hauptaktionär	Stimmrechtsaktien
Accu	Marco Marchetti	Nein
Airesis	Marc-Henri Beausire und Pierre Duboux	Nein
Airopack Technology	Jan Kelders	Nein
Allreal	Helvetia, BVK, PK Oerlikon-Contraves und andere	Nein
Alpha PetroVision	Walter Meier	Nein
Also	Walter Droege und Schindler Holding	Nein
Bachem	Peter Grogg	Nein
Bank Coop	Basler Kantonalbank und Coop	Nein
Banque Profil de Gestion	Banca Profilo SpA	Nein
Bellevue Group	Martin Bisang	Nein
Berner Kantonalbank	Kanton Bern	Nein
Bobst	Familie Bobst	Nein
Bondpartners	Henri Plomb	Ja
BVZ Holding	Erbengemeinschaft Walter Meier (Balthasar und Dieter Meier)	Nein
CI Com	Dual Holding	Ja
Conzzeta	Familien Schmidheiny, Spoerry, Byland, Herzig und Auer	Ja
CPH	UBV Uetikon Betriebs- und Verwaltungs AG	Nein
Ems-Chemie	Familie Blocher	Nein
Highlight Event	Constantin Medien AG	Nein
Intershop	Martin Ebner	Nein
Lem	Werner O. Weber und Ueli Wampfler	Nein
Leonteq	Notenstein und die Gründer	Nein
Looser Holding	Familie Looser	Nein
Metall Zug	Familie Buhofer	Ja
Norinvest	Aktionärsgruppe, inkl. Massimo Esposito (Chairman)	Nein
OC Oerlikon	Viktor Vekselberg	Nein
Pargesa	Familien Desmarais et Frère	Ja
Partners Group	Die Gründer halten jeweils 10 Prozent	Nein
Pax	Pax Holding (Genossenschaft der Versicherungsnehmer)	Nein
Perfect Holding	Stephen Grey, Nicholas Grey, Haute Vision, Grover Ventures	Nein
Perrot Duval	Nicolas Eichengger	Ja
Santhera	YA Global Masters	Nein
Schindler*	Familien Schindler und Bonnard	Nein
Schlatter Metall	Metall Zug und Huwa Finanz- und Beteiligungs AG	Nein
Schweiter	Familie Frey	Nein
SFS Group	Familien Huber und Stadler	Nein
Sika	Familie Burkard	Ja
THERAMetrics	Pierrel SpA	Nein
USI Group	Ashishkumar Chhajed	Nein
Valartis Group	MCG Holding	Nein
Von Roll	Familie Von Finck	Nein
Walter Meier	Silvan G.-R. Meier	Nein
Zehnder Group	Familie Zehnder	Ja
Zug Estates	Familie Buhofer	Ja

*Das Kapital von Schindler beinhaltet Partizipationsscheine ohne Stimmrecht

Quelle: Ethos

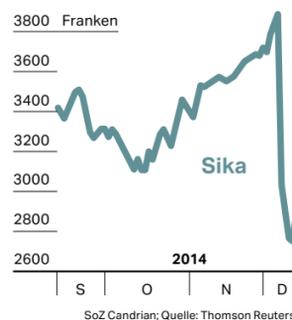
Regelwerk hat nicht mal dem Prinzip «eine Aktie, eine Stimme» zum Durchbruch verholfen. Das Opting-out wird aus Respekt gegenüber den Gründerfamilien verteidigt, die ja als überaus loyal gegenüber dem Unternehmen gelten. Für Biedermann ein Hohn: «Wenn sie dem Unternehmen wirklich ergeben sind, brauchen sie gar kein Opting-out. Dieses sichert nur ihnen finanzielle Vorteile.» Auch Claudio Kuster, der an der Seite von Thomas Minder die «Abzocker»-Initiative durchgesetzt hat, geht der Swiss Code of Best Practice zu wenig weit.

Der Fall Sika sollte die politischen Kreise aufrütteln

Alle drei Verfechter der Aktionärsrechte erwarten, dass die Aktienrechtsrevision dafür sorgt, dass doch noch strengere Regeln eingeführt werden. «Ich hoffe, dass der Fall Sika die politischen Kreise aufrüttelt», sagt Greber. Alle Bemühungen, die Aktionärsdemokratie zu stärken, seien sonst «Makulatur». Er ergebe keinen Sinn, die Pensionskassen zu verpflichten, sich an den Generalversammlungen einzubringen, wenn es keine Gleichbehandlung der Aktionäre gebe.

Die Frage ist nicht, ob der Fall Sika die Gesetzgeber beeinflusst, sondern nur wie stark. Die Burkards haben anderen Familien in ähnlicher Lage (siehe Tabelle) einen schlechten Dienst erwiesen.

Massiver Vertrauensverlust



Matters Bank startet Angebot für Schweizer im Ausland

Die Neue Helvetische Bank will auch die Aufnahme von Hypotheken ermöglichen

Zürich Die Neue Helvetische Bank hat Auslandschweizer als Wachstumsmarkt entdeckt. Während sich viele Banken von Schweizer Kunden trennen, wenn diese ihren Wohnsitz ins Ausland verlegen, startet das Zürcher Bankhaus von SVP-Nationalrat Thomas Matter eine Gegenstrategie: Für die kleine Universalbank mit Sitz in Zürich «ist es interessant, Schweizer Neukunden zu gewinnen, die im Ausland tätig oder wohnhaft sind», sagt CEO Daniel Hefti. Sein Institut bewirbt nun explizit das «Angebot für Auslandschweizer» auf der Firmen-Website und in der nächsten Ausgabe der Auslandschweizer-Zeitschrift «Schweizer Revue».

Die Kunden müssen zur Bank nach Zürich reisen

Hefti erklärt, es sei schwierig abzuschätzen, wie sich die Nachfrage für dieses Angebot entwickeln werde. Klar sei aber: «Wir verstehen nicht, weshalb einige Banken sich von langjährigen Kunden trennen, nur weil diese zum Beispiel beruflich für zwei Jahre in den USA weilen.» Denn für Hefti und seinen Verwaltungsratspräsidenten Matter steht ausser Frage, dass die geltenden Bestimmungen es möglich machen, für Schweizer Kunden im Ausland hierzulande Konten, aber auch Hypotheken anzubieten.

Der CEO präzisiert jedoch: «Wir reisen nicht, sondern die Kunden müssen in unsere Zürcher Geschäftsräumlichkeiten kommen, und wir müssen uns davon überzeugen, dass die relevanten gesetzlichen Bestimmungen eingehalten sind.» Und, so Hefti weiter, man behalte sich vor, Kunden im Einzelfall abzulehnen.

Der Ständerat hat das Problem auf die lange Bank geschoben

Mit Blick auf das neue Angebot der Matter-Bank sei es umso unverständlicher, dass nach wie vor zahlreiche Schweizer Banken versuchten, langjährige Kunden mit Wohnsitz im Ausland loszuwerden, findet Roland Büchel vom Vorstand der Auslandschweizer-Organisation (ASO).

Im eidgenössischen Parlament hat man zwar erkannt, dass es für die mehr als 700 000 Auslandschweizer immer schwieriger wird, in der Heimat ein Konto zu führen und die Hypothek fürs Haus in der Schweiz zu behalten. Doch eine Lösung lässt weiterhin auf sich warten: Der Ständerat hat das Problem in der soeben abgelaufenen Wintersession auf die lange Bank geschoben. Die kleine Kammer hat den Bundesrat erst einmal damit beauftragt, zu prüfen, ob Postfinance verpflichtet werden soll, jedem Auslandschweizer ein Konto anzubieten.

SVP-Nationalrat Roland Büchel dauert das zu lange. «Entweder nehmen sich jetzt andere Institute an Matters Bank ein Beispiel und der Markt löst das Problem somit ohne Zutun der Politik, oder aber ich starte eine parlamentarische Initiative», so der St. Galler. Er will systemrelevante Banken – wie auch die Raiffeisenbank – dazu verpflichten, jedem Schweizer ein Konto anzubieten, egal, wo dieser wohnt.

P. Tischhauser